

Verlagsstelle und Redaktion: Dresden, K. 16, Holbeinstraße 48

Verleger: Dr. 208 Postfachkonto: Leipzig Nr. 14797

Sächsische Volkszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich in der Verlagsstelle oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Post 10.20 M. Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus Ausgabe A 10.65 M. Ausgabe B 9.90 M. Die tägliche Beilage erscheint an allen Wochentagen nachm. — Druckort: Dresden, 11 bis 12 Uhr vorm.

Einzelnen Nummern von Beilagen bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Beilagen 1.40 M. in Heftform 3.50 M. Familienangelegenheiten 1.30 M. — Für unentgeltlich geschickte, sowie durch Fernsprecher angegebene Nummern wird die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit des Textes nicht übernommen

Die Vorstellung der neuen Regierung

Dresden, 14. Dezember.

Der wiedergewählte Ministerpräsident Buch stellte heute dem Landtage die mehrheitlich-unabhängige Regierung von Kommunisten vor. Kaiser Herr Buch sah man als alte Bekannte die mehrheitlich-sozialdemokratischen Minister Darnitzsch, Feldt und Schwarz, während der bisherige sozialdemokratische Minister des Innern Kühn auf den Bänken der Abgeordneten Platz genommen hatte. Neben Herrn Buch erschien Herr Lipinski, der ja nicht nur Minister des Innern, sondern auch Stellvertreter des Ministerpräsidenten geworden ist, ferner der unabhängige Kultusminister Fleißner und der unabhängige Arbeitsminister Jäckel. Herr Buch hat ja das Arbeitsministerium übergeben müssen und hat nun die nicht leichte Aufgabe, sich als Finanzminister zu zeigen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab es einen Keim, aber immerhin bezeichnenden Zwischenfall. Das Publikum hatte nämlich die für die Angehörigen von Abgeordneten und von Ministern reservierten Tribünen gestürmt und ungeachtet des Verbotes, ohne Karten diese Tribünen nicht zu betreten, dort Platz genommen. Die zur Aufrechterhaltung der Ordnung bestellten Diener wurden einfach beiseite geschoben. Das gab mit vollem Rechte dem Präsidenten des Landtages, Herr Frähdorf, Gelegenheit, gegen solche Uebergriffe entschiedene Stellung zu nehmen und die Erklärung abzugeben, daß er als Präsident des Hauses im Wiederholungsfall überhaupt die Tribünen schließen lasse. Er fand damit die Zustimmung des Hauses. Der Vorfall ist deshalb von besonderem Interesse, weil er zeigt, daß Bestrebungen vorhanden sind, die Landtagverhandlungen dem Druck der Straße auszuweichen. Hoffentlich wird sich, wenn der Fall wieder eintreten sollte, der ganze Landtag in der Abwehr solcher Uebergriffe einig sein.

Ein Kommunist verlangte dann das Wort zur Geschäftsordnung und beantragte, sofort in eine Besprechung des sächsischen Verfassungsrechts einzutreten. Der Präsident wies darauf hin, daß dazu Gelegenheit genügend bei dem am Donnerstag mittags 1 Uhr beginnenden politischen Aussprache sein wird. Für diese ganze politische Aussprache sind vorläufig zwei Tage festgesetzt. Bei dieser Gelegenheit wird auch zum ersten Male der Herr Buch abgeordnete Klein das Wort ergreifen. Endlich konnte nun Herr Buch mit der Vorstellung seiner Kabinette beginnen. Er tat das unter Hinweis auf Artikel 26 der Verfassung und wählte zu Beginn seiner Ausführungen den ausgesprochenen Ministern Kühn, Dr. Reinhold und Dr. Seyfert Worte des Dankes. Dann verlas Herr Buch die Regierungserklärung. Er verlas sie monoton und ohne jeden rhetorischen Schmuck. Die ganze Sache nahm kaum zwanzig Minuten in Anspruch. Wir lassen nachfolgend die Rede des Herrn Ministerpräsidenten Buch im Wortlaut folgen. Zu sagen ist dazu nicht viel. Die Rede verläuft äußerlich etwaige Klippen vorsichtig zu umschiffen und man kann ihr sogar in einigen Punkten zustimmen. Wenn es heißt, daß die Regierungsergebnisse von gewissen Großunternehmungen insoweit sind, zum Schaden der Allgemeinheit gewaltige Dividenden auszuscheiden, die geradezu aufreizend und anlockend wirken müßten, so ist das richtig. Wenn Herr Buch aber und seine Regierung meinen, ihr Ruf an die Arbeiter, Angestellten, Jugendleute und Techniker werde Erfolg haben unter dem Hinweis, daß nur mit ihrer Mitwirkung die Sozialisierung erreicht und gefestigt werden kann, so werden sich die Herren im Prezum befinden. Erstens einmal ist auch hier wieder der Begriff der Sozialisierung viel zu allgemein gehalten und zweitens ist bis zum Ueberdruß schon betont worden, daß das Sozialisierungsproblem, wie es die Herren Buch und Genossen meinen, im gegenwärtigen Zeitpunkt ganz und gar nicht durchzuführen werden kann. An sich eigentlich ist die Erklärung der neuen Regierung, daß auch für sie die Reichsverfassung zwingen. Das Recht ist, daß insbesondere Reichsrecht das Bundesrecht bricht. Diesen Standpunkt haben wir immer verteidigt, aber vielfach im Gegensatz zur bisherigen Regierung, nämlich dann, wenn sie in der Praxis diesen Standpunkt nicht durchgeführt hat. Man wird abwarten haben, ob es sich auch hier bloß um Aufstellung einer Theorie handelt, man wird abwarten haben, inwieweit dieser Satz verwirklicht wird. Auf die Fragen, die neu-lich an dieser Stelle an Herrn Buch gestellt worden sind, hat er bis jetzt eine befriedigende Antwort nicht gegeben. Zu der Regierungserklärung heißt es, die Regierung werde gegen alle konterrevolutionären Organisationen und Einrichtungen mit der gebotenen Schärfe vorgehen. Das ist schon recht unklar. Wir hätten es lieber gesehen, wenn die Regierung sich einmal dazu äußert hätte, wie sie sich zu der Forderung der Kommunisten, auf die sie sich doch stützen muß, stellt, wonach rein sozialistisch-kommunistische Wehren aufgestellt werden sollen.

Was die Fragen des Kultus und damit auch der Schule anlangt, so wird in der Regierungserklärung ausgeführt, daß der Ausbau und die Fortsetzung des begonnenen die hauptsächlichste Aufgabe des neuen Kultusministers sei. Diese Worte sind wirlich aber auch

umgrenzt bei dem Namen der Weimarer Verfassung. Ganz richtig! Es wird sich auch hier zeigen, was darunter gemeint ist, wenn einmal der in Vorbereitung befindliche „Entwurf der nach Artikel 138 der Reichsverfassung notwendigen Grundzüge für die rechtliche und finanzielle Abklärung der Reichsorganisationsfragen durch die Landesgesetzgebung“ offiziell bekannt ist. Der wahre Geist dieser neuen Regierung zeigt sich erst im Schlüsselwort der von Herrn Buch verlesenen Regierungserklärung. Die Regierung ließ durch den Mund des Herrn Buch zwar sagen, ihr Tun und Wollen werde von dem Bewußtsein der Verantwortlichkeit beinhalten, das sie nur im Interesse des gesamten Volkes zu betätigen hätten. Danach heißt es aber weiter, sie würden dabei eine Etappe finden „in dem immer wieder aufrichtenden Gedanken der sozialdemokratischen Welt- und Lebensauffassung, die gefordert ist durch das Studium des weltgeschichtlichen Fortschritts, durch die aufmerksame Beobachtung der Gegenwart und durch die von uns in dieser Weltanschauung“. Hier wird also ganz offen gesagt, daß sich die Regierung nicht als Vertreterin des ganzen Volkes sieht, sondern nur als Vertreterin der Richtung, die auf dem Boden der sozialdemokratischen Weltanschauung steht. Anders ist diese Wendung nicht aufzunehmen, und darum muß man selbstverständlich die Erwartung haben, daß die Regierung über die Reichsverfassung und ihre Bestimmungen nur in dem Sinne zu verstehen ist, wie sie von den Mitgliedern der gegenwärtigen Regierung aufgefaßt wird.

Ministerpräsident Buch führte nach Vorlesung der Regierungserklärung in seiner Rede wörtlich folgendes aus:

„Ich werde versuchen, den Aufgabenkreis für die nächste Zeit kurz zu umschreiben und die Maßnahmen zu zeichnen, die eingehalten werden sollen, sachlich und nüchtern, wie es die große Wichtigkeit und die Ras der Zeit fordern. Eine beinahe zweijährige parlamentarische Tätigkeit im republikanischen Zustand liegt hinter uns. Aus der Zeit der konstitutionellen Bindungen unseres Volkstages sind wir wohl in der Hauptsache heraus. Durch die Erfahrungen ist der Blick geweitet, aber auch der Wille zu planmäßiger Weiterarbeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete gestärkt. Daran ergibt sich die Pflicht für die Regierung, die Grundsätze der Revolution zu festigen und weiter auszuführen. Während viele vor zwei Jahren die Unmöglichkeit über die zukünftige Gestaltung Deutschlands auf jede Initiative. Der Völkervertrag wurde durch den Friedensvertrag abgelöst, der mit zugehöriger Schwere auf uns industriell so stark durchgegriffen hat. Durch den Friedensvertrag waren die Bedenken beseitigt, die sich der Bewusstseinsbildung der Reichsverfassung durch die Nationalversammlung noch entgegenstellten hatten. Die Reichsverfassung bezieht sich auf die einzelnen Staaten im Deutschen Reich einen großen Teil ihrer politischen Tätigkeit und damit ihren Aufgabenkreis ein. Der Gedanke eines einheitlichen Reichsstaats hat in der Reichsverfassung seinen besten Vertreter. Die Regierung braucht nicht besonders zu erklären, daß auch für sie die Reichsverfassung einwandsfrei Recht ist, daß insbesondere Reichsrecht das Landesrecht bricht.

Dieses Behauptete entbehrt aber nicht von der Verpflichtung, in allen absehbareren und sonstigen Maßnahmen der Reichsorgane die Reichsverfassung, wie sie bekannt ist, zu befolgen. Das ist eine ernsthafte Verpflichtung, die sich auch die politische und wirtschaftliche Lage in Sachsen gebietet, wie sich nicht auszudehnen. Bei allen Vorberätungen und Maßnahmen im Reichsrat wollen und werden wir mitwirken. Wir werden Einspruch erheben und Veränderung fordern, wenn es notwendig erscheint. Wir werden zustimmend mitwirken, wenn ein guter und nützlicher Erfolg zu erwarten ist.

Die großen der Erlebnisse haben den wirtschaftlichen Aufgaben der Reichsverfassung der Vorkämpfer und der Aufbahmung unserer Volkstages der Vorkämpfer und Energieerzeugung, sowie der Regulierung der Wirtschaft, werden von uns im sozialistischen Sinne geleistet werden. Die Verhandlungen der Nationalversammlung um die Erweiterung des staatlichen Einflusses auf den gesamten Rohstoffmarkt und der Regulierung seiner Erträge durch die Allgemeinheit müssen energig fortgesetzt werden. An die Arbeiter und Angestellten, Jugendleute und Techniker ergeht unser Ruf, daß sie beteiligt mit ihrem Wissen auf dem Gebiete der Wirtschaft von dem Gedanken, daß nur mit ihrer Mitwirkung die Sozialisierung erreicht und gefestigt werden kann, mit dem Pflichtbewußtsein, von dem allein der Erfolg abhängt, den Staat mit allen seinen Einrichtungen als ihren Staat, als Volkstaat betrachten mögen, dessen Wohlergehen und Aufwärtsentwicklung zugleich das Wohlergehen jedes einzelnen Volksgenossen bedeutet.

Zu anderen Zusammenhängen mit dieser Frage steht die Frage des Wiederaufbaus der Industrie, auch der Großunternehmungen. Ein Teil der Aufgaben verschiedener ihrer Bereiche ist unklar; auf der anderen Seite aber wirken geradezu aufreizend und anlockend die Reklamationsarbeiten der Großunternehmungen, die insoweit sind, zum Schaden der Allgemeinheit gewaltige Dividenden auszuschütten. Solche Erscheinungen sind unvermeidlich in der Zeit, wo von überalterter Not und Geldschreien und der Ruf nach Arbeitsbeschäftigung erklingt. Aufgabe der Reichsorgane und der Staat ist es, mit dieser zu sorgen, daß die Erträge der gemeinsamen Tätigkeit der Allgemeinheit nicht kommen, inwieweit die Reichsorgane sich hierüber nicht auseinandersetzen. Von dem dem Staat gebührenden landwirtschaftlichen Beständen werden einige gemeinwirtschaftlich verwaltet und zu Beschäftigungswerten eingerichtet. Von dem Erfolg dieser Versuche wird es abhängen sein, ob und wann die zurzeit noch verpachteten Konzepte und Domänen vom Staat in eigenen Betrieb genommen werden

Eine Nachprüfung der tausenden Sachverträge über staatseigenen Besitz wird vorzunehmen sein, über deren Angemessenheit Sachverständige gehört werden.

Der landwirtschaftlichen Produktion ist und wird von der Regierung das höchste Interesse entgegengebracht. Ist doch eine Steigerung der Produktion auch auf dem kleinen Anbau landwirtschaftlicher Substanzen in Sachsen geeignet. Erleichterungen der Ernährungswirtschaftlichen Bedürfnisse. Diese Frage hat der bisherigen Regierung Sorgen bereitet und wird auch der neuen Regierung am Herzen liegen. Der Winterertrag der reichlich vierjährigen Kriegszeit in der ganzen Welt ist bisher nicht ausgereichen. Deutschland leidet am meisten unter diesem Mangel und in Preußen land wiederum am meisten unter diesem Mangel. Die bisherigen Bemühungen Sachsens beim Reichsministerium für Ernährung, bei der Reichsministerialstelle unter dem Namen in Bayern, um Sachsen besser mit Kartoffeln und Getreide zu versorgen, haben wohl Bedeutung gefunden. Ein Gleichgewicht zwischen Bedarf und Angebot ist aber bei weitem noch nicht erreicht, was wir können noch nicht sagen, daß die größten Schwierigkeiten für das sächsische Volk überwinden werden. Wenn der Appell an Pflicht und Gewissen nicht ausreicht, dann müssen Landesverwaltung, Polizei und Justiz und alle sonst in Sachsischen kommenden Behörden nachsehen und gegen Forderungen, insbesondere den Handel mit Rohstoffen, die Bestimmungen mit dem Reichsrat vorsetzen, der durch die Notlage geboten ist und in den letzten Monaten rückwärts angesetzt wurde. Anerkennen soll werden, daß ein großer Teil sächsischer Landwirte durch ihre geringe Produktion von Getreide und Kartoffeln abzusinken, die eigentlich vorzuziehen waren. Aber selbst wenn alle Landwirte ihre Pflicht erfüllen, können wir in Sachsen ohne durchgreifende und bessere Unterstützung des Reiches nicht einmal die letzte Inanspruchnahme aufrechterhalten.

Wichtig ist den weiteren Bemühungen unserer Wirtschaftsministerien bei der Reichsregierung, weitere Zertifikate, Weizen- und Getreidezertifikate weitere Anträge anzulegen und in das Verfahren der Reichsregierung, unmittelbar Anträge vom Reichsrat zu erhalten, einzuführen, so werden Rohstoffmittel für die notwendigen Landesbedürfnisse und damit eine Milderung der Ernährungswirtschaftlichen Verhältnisse aber auch der für den Wohlstand des Landes. Die Bestimmungen der Regierung um eine solche Befreiung der Arbeitstätigen in Sachsen im Verhältnis mit dem Reichsrat vorzusetzen. Das Arbeitsministerium ist im Verein mit dem Reichsrat über die Befreiung der sächsischen Wirtschaften über die Erleichterung der Wirtschaftswirtschaftlichen Verhältnisse anzuwenden. Sächsischen Wirtschaften des Reichsrat werden einreden können, sollten erwogen werden. Auch der neu berufene Arbeitsminister wird dieser für unser gesamtes volkswirtschaftliche Leben wichtigen Angelegenheit die Aufmerksamkeit widmen, die eine nach menschlichen Willen und Können zu erreichende Verabreichung der Zahl der Arbeitsstellen bedingt. Sächsischen bedürftigen Erwartungsbefreiung bedarf dringend der Aufhebung aus aller Welt. Alle Bemühungen, um solche Befreiung zu veranlassen, werden von der Regierung stets unterstützt werden. Wir erlauben dankbar die Mitarbeiter der Danks, der sächsischen Sozialdemokratie und anderer Volksparteien an, die der Regierung durch ihre Bemühungen die Sorgen amüßig haben. Das Hoffen ist zu haben, daß aber erst möglich sein, wenn unser Wille in Frieden und Pflicht überall gerecht herrscht und die Umkehrung der Produktion nach sozialistischen Grundsätzen angeschlossen sein wird.

An die Reichsorgane sind die Anweisungen ergangen, die zur Durchführung des Beschlusses der Volksversammlung vom 28. Oktober 1920, an die sächsischen Arbeitervereine empfangene eine besondere Winterbeihilfe auszuscheiden, notwendig sind. Die Reichsorgane zur Überwindung von räumlichen Hindernissen werden beauftragt, daß verständlich die Anweisung bis Ende dieses Jahres erliegen kann. Die Reichsorgane mit der Reichsregierung und dem Sozialen Ausschuss des Reichstages werden die Durchführung einer laufenden Verbesserung der Arbeiter und der Sozialversicherung werden von Sachsen weiter fortgesetzt.

Wir haben obwohl die Bestimmungen des Friedensvertrages uns als Industrieland am meisten brüden, streng darauf gehalten, daß, um jeden Anstoß der Entenentwertung zu vermeiden, das Reichsrecht erfüllt wird, auch die Bestimmungen von Spa in Bezug auf die Waffenablieferung und die Beilegung aller Organisationen, die nach Art. 177 des Friedensvertrages verboten sind. Die Regierung wird gegen alle konterrevolutionäre Organisationen und Einrichtungen mit der gebotenen Schärfe vorgehen. Für die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in Sachsen ist Aufgabe der Regierung. Um diese Aufgabe zu lösen, wird die Polizei einheitlich und ordnungsgemäß organisiert werden.

Die steigende Not proletarischer Massen ist eine soziale Aufgabe, die sich nicht lösen lässt, ohne die Interessen der Arbeiter zu berücksichtigen. Die Arbeiter und Angestellten, Jugendleute und Techniker ergeht unser Ruf, daß sie beteiligt mit ihrem Wissen auf dem Gebiete der Wirtschaft von dem Gedanken, daß nur mit ihrer Mitwirkung die Sozialisierung erreicht und gefestigt werden kann, mit dem Pflichtbewußtsein, von dem allein der Erfolg abhängt, den Staat mit allen seinen Einrichtungen als ihren Staat, als Volkstaat betrachten mögen, dessen Wohlergehen und Aufwärtsentwicklung zugleich das Wohlergehen jedes einzelnen Volksgenossen bedeutet.

Eine Durchsicht der Verwaltung mit Angehörigen aller Volksschichten wird dann vollendet sein, wenn die Reform der gesamten Erziehung- und Verwaltungswesen durchgeführt und wirksam gemacht ist. Die Ende 1918 bewonnene Reform